

# Der österreichische Katholizismus seit "Quadragesimo anno" und die religiösen Sozialisten

Autor(en): **Frank, Wilhelm**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **26 (1932)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-136299>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

abzulenken, konnte diese Maßnahme von weiten Kreisen aufgefaßt werden. Sie mußte ernsthaftem Nachdenken über diese Probleme nur schaden.

Sie wollen ein *Reichsschulgesetz* schaffen. So, wie es heute steht, würde jede Kirche, die ein Reichsschulgesetz aus Ihrer Hand nehmen würde, in den Augen des Volkes den Vorwurf zu tragen haben, daß sie sich das Schweigen zu der Zerstörung der Volksrechte abkaufen ließ durch Erhöhung ihres Einflusses auf die Schule.

Sie haben die *Gottlosenverbände* verboten. Der schroffste, roheste Kampf gegen die Religion ist dieser nicht so gefährlich als die Mißachtung des Göttlichen, die es mißbrauchen kann als Schutzhülle von Rechtsbruch und Klassenkampf.

„Es werden nicht alle, die zu mir sagen, Herr, Herr, in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen *tun* meines Vaters im Himmel“ (Matthäus 7 v. 21).

Sein Wille ist Ehrfurcht vor eines jeden Menschen Sein, Leben, Verantwortung und Gewissen. — Sein Wille ist, daß wir eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit bauen. — Ja, diese christliche Frömmigkeit, die uns hinweist, Jesu Botschaft zu hören, sie ist der Völker Kraft und Zukunft.

Aber nichts könnte unfremd Volke sicherer den Weg zu dieser Quelle der Kraft verschließen, als der Mißbrauch seiner heiligen Botschaft im Interesse herrschender Klassen. — Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn auch noch christliche Kirchen folchem Mißbrauch ihre Unterstützung leihen würden.

Weil ich sehe, daß die gesamte Zukunft unseres Volkes und unseres Glaubens auf dem Spiele steht, wende ich mich an Sie —

als Christ zum Christen —  
mit diesem offenen Wort.

In der Hoffnung, daß ein Mann, der sich so stark und deutlich auf das Evangelium berufen hat, meine Mahnung und ihre Beweggründe zu verstehen und zu würdigen weiß, bin ich,

Herr Reichskanzler,  
in vorzüglicher Hochachtung  
ihr ergebener

*Emil Fuchs,*  
Dr. theol. h. c., Professor an der Pädagogischen  
Akademie zu Kiel.

## Der österreichische Katholizismus seit „Quadragesimo anno“ und die religiösen Sozialisten.

Das Erscheinen des päpstlichen Sozialrundschreibens „Quadragesimo anno“ hat die katholisch-sozialistische Aktion der religiösen

Sozialisten Oesterreichs in weit stärkerem Maße berührt, als dies im ersten Augenblick sichtbar war. Solange man es ausschließlich mit dem *Text* der Enzyklika zu tun und die *Auswirkungen* ihres Inhaltes auf die Einstellung der katholischen Sozialbewegung abzuwarten hatte, da ging es vielleicht noch an, die Enzyklika (als eine nicht absolut verpflichtende Kundgebung der persönlichen Meinung des Papstes zum sozialen Fragengebiet) eben vor allem nach dem textlichen Inhalt zu beurteilen. Die Enzyklika lehnt zwar z. B. die katholisch-sozialistische Grundauffassung, der Sozialismus könne (als geschichtlich eigenständige, von Gott gerufene Bewegung, als „unerlöster Schöpfungsbereich“) zur Begegnung mit Christus gebracht und sozusagen „getauft“ werden, ausdrücklich ab; dem könnten aber andere Stellen derselben Enzyklika entgegengehalten werden, die inhaltlich eine gewisse Annäherung an sozialistische Programmforderungen und Grundsätze zeigen. Z. B. der Satz, in dem gesagt wird, man könne „mit vollem Recht dafür eintreten, gewisse Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten“, ferner der Absatz über das Lohn-Arbeitsverhältnis, dessen „Annäherung an ein Gesellschaftsverhältnis nach Maßgabe des Tunlichen“ empfohlen wird. Man könnte schließlich darauf verweisen, daß der Papst in der Enzyklika feststellt, auch der Sozialismus habe in einzelnen Parteien eine gewisse Annäherung an die Grundsätze christlicher Sozialreform vollzogen, und daß „Quadragesimo anno“ die vorübergehende Unvermeidbarkeit eines gemilderten Klassenkampfes („Auseinandersetzung der Klassen“) zugesteht. — Die *relative* Verbindlichkeit päpstlicher Enzykliken zeigt schon die Tatsache auf, daß „Quadragesimo anno“ mehrere Parteien ihrer Vorgängerin „*Rerum novarum*“ *inhaltlich* außer Kraft setzt; und auch sonst wurden ja in der bisherigen Kirchengeschichte päpstliche Enzykliken durch nicht minder feierliche Kundgebungen von der gleichen Stelle aus ganz oder teilweise entkräftet.

Die der Enzyklika nachfolgende *praktische* Haltung und Politik des gesamten, insbesondere des österreichischen Sozialkatholizismus, hat aber bald deutlich gezeigt, daß die notwendigen Voraussetzungen der bisherigen *katholisch-sozialistischen Arbeit* nicht mehr vorhanden sind. Denn nicht etwa dies ist das Wesentlichste dieser Aktion gewesen, durch mündliche oder geschriebene Diskussionen die Grundsätze kirchlich-christlicher Sozialreform einerseits und sozialistischer Grundauffassungen andererseits rein lehrhaft etwas einander anzugleichen, oder gar zwischen Christentum und Sozialismus, als Weltmächte genommen, gelegentliche politische Kompromisse und Bündnisse zu schließen, einen „Interessenausgleich“ in den einander berührenden Sphären herbeizuführen. Die Aufgabe liegt in einer *wesentlich tieferen Schicht*. Das in der sozialistischen Bewegung gesammelte Proletariat soll in *lebendige, unmittelbare Verbindung mit*

*Christus* kommen. Die „anima naturaliter christiana“ des Sozialismus soll von der Beherrschung durch rationalistisch-materialistische Theorien befreit und zum bewußten Urgrund alles sozialistischen Bewegungslebens erhoben werden. Dies ist aber nur durch *Wandlung des Sozialismus von innen heraus* möglich, nur dadurch, daß sich christusgläubige Menschen in die sozialistische Bewegung hineinstellen, es vorbehaltlos für möglich halten, daß die in diesem „Reich der naturhaften Schöpfung“ verborgene Dämonie und Unerlöftheit überwindbar sei, daß christlicher Einsatz dort einen Sinn habe, ja notwendig sei im Sinn des göttlichen Heilsplanes, und daß diese Begegnung zwischen Christus und der sozialistischen Bewegung ohne Preisgabe der geschichtlichen Eigenständigkeit und Sendung des Sozialismus geschehen könne — so wie ja auch der natürliche Einzelmensch zur Erlöfung durch Christus gebracht werden kann, ohne daß er deshalb aufhören brauchte, Mensch zu sein und seiner bisherigen profanen Lebensaufgabe zu dienen. Gerade aber diese wesentlich katholisch-sozialistische Haltung — die allen religiösen, christlichen Sozialisten gemeinsam ist — lehnt die Enzyklika ab, und auch die nach ihrer Weisung „unter einheitlicher Führung Roms und der Bischöfe“ stehende katholische Sozialbewegung verweigert ihr Anerkennung und Duldung innerhalb des katholischen Raumes; die katholischen Sozialisten werden ausdrücklich von dieser Aufgabe zur „Rückkehr ins verlassene Vaterhaus“ gerufen. Damit sind die katholischen Sozialisten vor die Gewissensentscheidung gestellt, ihre bisherige, gemeinsam mit den anderen christlichen Sozialisten innegehabte Position aufzugeben, oder sie ohne Billigung, ja trotz Ablehnung durch das kirchliche Amt, aufrecht zu halten. Die österreichischen katholischen Sozialisten haben sich fast ausnahmslos zu letzterem entschlossen. Der bisherige kirchenpolitische Kampf um die Tolerierung der katholisch-sozialistischen Arbeit durch den offiziellen Katholizismus soll aufgegeben werden, die gesamte Wirkkraft aller religiösen Sozialisten, also besonders auch der katholischen, ist in der Richtung der Christianisierung der geistigen Grundlage und der Aktionsmethoden des Sozialismus mobil zu machen. Die außerordentliche Bundeskonferenz der religiösen Sozialisten Ende Februar in Wien hat sich fast einstimmig, nach Anhörung eines grundlegenden Referates Otto Bauers und zweitägiger gründlicher Aussprache darüber, in diesem Sinne entschieden.

Das Aufgeben des Versuches, die katholisch-sozialistische Position innerhalb des Sozialkatholizismus kirchenpolitisch durchzusetzen, ist nicht aus theoretischen Erwägungen, sondern durchaus im Hinblick auf die tatsächliche Lage geschehen.

Der österreichische Sozialkatholizismus hat — dies sei als erstes Charakteristikum seiner Haltung angeführt — es sich seit „Quadragesimo anno“ in ganz besonderer Weise angelegen sein lassen, dafür



Sorge zu tragen, daß die *soziale Arbeit der Katholiken ausschließlich „unter einheitlicher Führung Roms und der Bischöfe“* geschehe. Diese Sorge um die Einheitlichkeit und hierarchische Führung der Sozialaktion hat der österreichische Sozialkatholizismus — dies kann man sagen, ohne sich im geringsten einer Uebertreibung schuldig zu machen — noch wichtiger genommen als die Sorge dafür, daß überhaupt im sozialen Leben des Landes katholische Sozialprinzipien wirksam werden, daß z. B. von Seite der politischen Machtposition des österreichischen Katholizismus, der christlichsozialen Partei, an Stelle der von ihr betriebenen kapitalistisch-bürgerlichen Klassenpolitik christliche Sozialpolitik vertreten werde.

Begonnen wurde der Kampf um die „katholisch-soziale Einheitslinie“ schon einige Jahre vor dem Erscheinen der Enzyklika, auf der „katholisch-sozialen Tagung“ im Juni 1929 in Wien. Dort gelang es den (hauptsächlich sozialromantisch eingestellten) Oppositionsgruppen, fachlich Erfolge zu erzielen. Als nun durch „Quadragesimo anno“ die offizielle (solidaristische) Richtung im Sozialkatholizismus in den wichtigsten Punkten die autoritative Bestätigung ihrer Grundsätze erhielt und dadurch stark Oberwasser bekam, setzte der Kampf gegen alle oppositionellen Richtungen im Sozialkatholizismus in verstärkter Weise ein. Zunächst wurde daran gearbeitet, den Brückenbau einiger katholischer Gruppen zu den religiösen Sozialisten zu erschweren und schließlich ganz zu verhindern. Seit der ersten größeren Tagung der Wiener religiösen Sozialisten (1928), auf der der Religionsprofessor Dr. Michael *Pfiegler* sprach, war es gelungen, einige Gruppen und Persönlichkeiten im katholischen Lager zu sympathisierender Haltung zu den religiösen Sozialisten zu veranlassen. Diese kam auch in der Öffentlichkeit, vor allem im Wiener „Seelforger“ und in der Salzburger „Katholischen Kirchenzeitung“ (zwei Kleruszeitschriften) zu Wort; ihre markantesten Verfechter waren neben Pfiegler der (vor einigen Monaten „beurlaubte“) Redakteur der „Kirchenzeitung“ und Spiritual des Priesterseminars Dr. *Dillersberger*, und der Innsbrucker Kapuziner P. Optat *Winder*. Schon lange vor der Bundeskonferenz der religiösen Sozialisten im Februar 1932, ja kurz nach Erscheinen der Enzyklika, war diese Richtung in der Öffentlichkeit zum Verstummen gebracht worden.

Aber auch gegen andere „Abweichungen“ von der katholisch-sozialen Einheitslinie richtete sich nach der Enzyklika mit verstärkter Intensität der Kampf. Der im Inland schon längst mundtot gemachte Grazer Theologieprofessor Dr. Johann *Ude* wurde erst vor ganz kurzer Zeit durch von Graz ausgehende Intrigen daran gehindert, im Ausland (Holland) vor Katholiken, die ihn eingeladen hatten, zu reden. Das angesehenste und verbreitetste Blatt der sogenannten „sozialromantischen“ Richtung, Dr. *Eberles* „Schönere Zukunft“, kann sich nur mühsam gegenüber den offenen und ver-

steckten Angriffen der solidaristischen Richtung halten. Der eigentliche aggressive Kämpfer der sozialromantischen Opposition ist aber — schon seit der Zeit vor dem Weltkrieg — der Wiener Soziologe Anton Orel. Er war es auch, der auf der schon erwähnten katholisch-sozialen Tagung 1929 der offiziellen Richtung einige Schlappen beigebracht hatte, und steht bis heute im scharfen Kampf mit ihr. Mit allen Mitteln suchen seine Gegner, vor allem der Führer des österreichischen Sozialkatholizismus, Bischof Dr. Waitz, Orel und seine Richtung im katholischen Lager unmöglich zu machen. Der gegenwärtige aktuelle Anlaß hierzu ist der Streit anläßlich der Verweigerung der kirchlichen Druckerlaubnis (Imprimatur) für die bisher erschienenen ersten zwei Bände von Orels „Oeconomia perennis“, worin der Verfasser „zum erstenmal die fast vergessene ursprüngliche und ewige, universale und katholische Sozial- und Wirtschaftslehre in historisch-systematischer Gesamtdarstellung der herrschenden modernen, neuheidnischen Wirtschaftsauffassung gegenüberstellen“ will. Es sind von den katholischen Sozialmoralisten bis heute noch unge löste, umstrittene Fragen (vor allem die Eigentumsfrage und Zinsfrage und das Problem des „Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag“), die Orel hier behandelt. In Gegensatz zu den Solidaristen, die die kapitalistische Ordnung bloß umbiegen wollen, vertritt er eine konsequent antikapitalistische Haltung, die er als die echte katholische Sozialhaltung bezeichnet. Freilich gründet sie sich bei ihm auf eine zu wenig wirklichkeitsbezogene Auffassung der christlichen Sozialethik und läßt die — gerade heute für die Christen so notwendige — weltoffene Einstellung vermissen. Immerhin empfinden die Solidaristen, deren unklare Stellung zum Kapitalismus in der kapitalistischen Interessenpolitik der Christlichsozialen Partei ihren getreuen Ausdruck findet, Orel als unbequemen Gewissensmahner und behandeln ihn danach. — Da Orels Werk Fragen der „natürlichen Theologie“ und der Moral behandelt, bedarf es, um als katholisch anerkannt zu werden, nach kirchenrechtlicher Bestimmung einer ausdrücklichen kirchlichen Druckerlaubnis. Sie wurde Orel — ohne Angabe einer Begründung und mit der gleichzeitigen mündlichen Aufforderung, ohne Imprimatur drucken zu lassen (theologische Irrtümer seien nicht enthalten) — in Wien verweigert; das Ordinariat des Druckortes Wiesbaden, Limburg, erteilte das Imprimatur ohne weiteres. Nun setzte von Wien ein Intrigenpiel ein, dessen Ergebnis die Zurückziehung der Druckerlaubnis für das schon im Druck befindliche Werk (1. Band) war. Der erste Band erschien nun, ebenso wie der zweite, ohne Imprimatur. Da brachte die Wiener (christlichsoziale) „Reichspost“ vom 3. Jänner 1932 die Nachricht, daß Orels „Oeconomia“ „auf Grund eines Beschlusses der letzten Bischofskonferenz“ zu den verbotenen Büchern zähle. Aehnlich lautende Meldungen brachten auch andere katholische Zeitungen und

Zeitschriften. Als nun Orel, um sich der katholischen Öffentlichkeit gegenüber zu rechtfertigen, in seiner Zeitschrift den Hergang schilderte und insbesondere auch jene Methode, zuerst das schriftliche Imprimatur als überflüssig zu erklären, zum Druck ohne Imprimatur direkt aufzufordern und nachher das Buch wegen „nicht eingeholter Druckerlaubnis“ ohne Feststellung theologischer Irrtümer zu verbieten, mit dem rechten Namen nannte, da veröffentlichte der Apostolische Nuntius in Wien („Reichspost“ vom 29. März 1932) ein im Auftrag des Papstes an die österreichischen Bischöfe gerichtetes Schreiben, in dem dieselbe Anerkennung für die „Liebe und Großmut“, mit der sie die „schweren Verunglimpfungen auf sich genommen und ertragen haben“, ausgesprochen und Orel indirekt aufgefordert wird, „daß er als Katholik und aufrechter Mann dem hochwürdigsten Episkopat Oesterreichs für die schweren ihm zugefügten Verunglimpfungen eine gebührende Genugtuung leiste“. Sollte Orel diesem Wunsche nicht entsprechen und „den eingeschlagenen verderblichen Weg auch weiterhin verfolgen“, so wird den Katholiken das Lesen der Orel'schen Zeitschrift verboten werden. — Dieser Fall, der im österreichischen Katholizismus und weit darüber hinaus größtes Aufsehen hervorgerufen hat, war auch den Katholiken in der religiös-sozialistischen Bewegung eine wichtige Lehre. Mag man vielleicht Orel mit Recht im Einzelnen zu große Schärfe seiner Kampfführung vorwerfen können, mag man — wie dies gerade auch die religiösen Sozialisten tun — viele seiner Anschauungen nicht teilen (Verstöße gegen die katholische Lehre konnten ihm von theologischer Seite bisher *nicht* nachgewiesen werden), so kann man doch die Methoden, mit denen von offiziellkirchlicher und solidaristischer Seite gegen ihn und sein Werk gearbeitet wird, nur als absolut unvereinbar mit dem Mindestmaß von Erfordernissen christlicher Liebe und auch des geltenden katholischen Kirchenrechtes bezeichnen. Der Fall ist aber nicht eine zufällige Aneinanderreihung persönlicher Mißverständnisse und Böswilligkeiten. Er ist typischer Ausdruck eines *Systems*, das sich und seine Macht als Selbstzweck betrachtet.

So wie der Sozialkatholizismus seit „Quadragesimo anno“ mehr denn je nach *innen* autoritär, autokratisch, gegen Initiative von unten, eingestellt ist, wie er jede Regung geistiger und organisatorischer Eigenständigkeit sofort unterdrücken will, so ist er auch nach *außen hin*. Das soziale Reformprogramm des Solidarismus, das z. T. auch in der Enzyklika entwickelt ist, verspricht zwar eine „Ordnung berufständischer Selbstverwaltung“, hütet sich aber ängstlich vor irgendwelchen konkreten Forderungen und Konsequenzen. Am schärfsten lehnt es aber die *materielle Voraussetzung* jeder „beruflichen Selbstverwaltung“, jeder echten Wirtschaftsdemokratie, ab: die *Sozialisierung* der Produktionsmittel. Es ist faktisch unmöglich, einerseits das kapitalistische Eigentumsverhältnis als reale Machtgrundlage



des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses (und als ständigen Entzündungspunkt des Klassenkampfes als Macht- und Interessenkampf in der Wirtschaft) aufrecht zu halten, andererseits den Arbeitern und Unternehmern (Kapitalisten) der einzelnen Berufszweige „Selbstverwaltung“ zu gewähren, den Klassenkampf auszuschalten. Wie wenig dem Arbeiter die klügsten Sozialgesetze nützen, wenn den Kapitalisten die Verfügung über die Produktionsmittel (sei es direkt als Industrieunternehmer, sei es als Bank- und Kreditkapitalisten) allein vorbehalten ist, zeigt doch deutlichst die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die ausschließlich zu Ungunsten der Arbeiterschaft die Sozialgesetze trotz ihres formellen Weiterbestandes faktisch zum großen Teil außer Kraft gesetzt hat. Freilich kann die Sozialisierung nicht zu jeder Zeit und überall mit einem Schlag errungen werden, sie ist Ergebnis langen und schweren Ringens. Aber sie muß *das* Ziel auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sein. Wie soll anders die Gesellschaft — wie dies auch die Solidaristen wünschen — aus dem gegenwärtig „atomistischen“, ungegliederten, uneinheitlichen Zustand herauskommen zu einer soziologischen Einheit des Gesamtvolkes, wenn das Eigentumsverhältnis kapitalistisch bleibt und die im Produktionsprozeß Beteiligten immer wieder unvermeidlich in zwei Klassenfronten zerreißt? Erst auf der Grundlage der Ueberwindung der Klassenspaltung kann eine „solidarisch“ verbundene, gegliederte Gesellschaft erstehen. Da aber der Solidarismus diese notwendige Grundlage seiner Forderungen übersieht, ja ablehnt, kann er niemals den Anschluß an die Wirklichkeit finden.

Es ist nach alledem eigentlich selbstverständlich, daß der Sozialkatholizismus in Oesterreich theoretisch und praktisch sich als feste Stütze der kapitalistischen und reaktionär-faschistischen Politik der Christlichsozialen Partei erweist. War schon in der Zeit vor dem Kriege, als die Christlichsozialen zu *der* offiziell anerkannten katholischen Partei wurden, z. B. bei den Wahlen engste Arbeitsgemeinschaft zwischen der Partei und den katholischen (kulturellen wie ausgesprochen religiösen) Vereinigungen festzustellen, so ist dieses Verhältnis in den letzten Jahren nur noch enger geworden. Der Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe zu den Wahlen von 1930 verwandelte die Kanzeln in christlichsoziale Agitationsstätten. Und dies zu einer Zeit, als die Verbindung der christlichsozialen Partei mit der Gewalttruppe der *Heimwehren* in der Faschistenregierung Vaugoin-Starhemberg augenfälliger denn je geworden war.

Befonders deutlich sichtbar wird die Rechts-Einstellung des österreichischen Sozialkatholizismus seit den heurigen Aprilwahlen. Diese brachten — vor allem in Wien — den Christlichsozialen eine schwere Schlappe und den Nationalsozialisten einen bedeutenden Erfolg. Im „Neuen Reich“, dem wissenschaftlichen Organ der offiziellen solidaristischen Richtung, heißt es, daß „die Sozialdemokraten, nicht die



neuaufgeschlossene Partei der Nationalsozialisten, der eigentliche Feind“ seien, „mit dem der politische und religiöse Kampf ausgetragen ist“. Bei einem Vergleich zwischen proletarischem Sozialismus und Nationalsozialismus „scheint sich ... die Waage deutlich zugunsten des Nationalsozialismus zu neigen“, da sich diesem viele Katholiken aus „patriotischer Begeisterung“ angeschlossen hätten, „während im Sozialismus das katholische Element völlig ohne Boden ist“. Die Anhänger der Nationalsozialisten sind „echte Patrioten, die im Schmerz um ihr geknechtetes Vaterland, in Sehnsucht nach Befreiung vom feindlichen Joch, im Abscheu vor der oft allzu nachgiebigen Erfüllungspolitik der neuen Republikaner sich um Hitlers Standarten sammelten ... wahrhaft konservative Kräfte“. Als Aufgabe des deutschen wie des österreichischen Katholizismus wird offen das politische Zusammengehen mit dem Nationalsozialismus bezeichnet.

Tatsächlich kommt seit den Aprilwahlen in der Christlichsozialen Partei die „schärfere antimarxistische Tonart“ wieder überall zum Durchbruch. Ein Symptom war die Einbeziehung des (faschistischen) Heimatblocks in die Regierungsmehrheit, die Besetzung des Unterrichtsministeriums mit dem auf der äußersten Rechten stehenden Christlichsozialen Rintelen; ein weiteres deutliches Zeichen hiefür gaben die Vorfälle auf dem jüngsten Parteitag der (für die Reichspolitik maßgebenden) Wiener Christlichsozialen. Der noch einigermaßen demokratische Führer der christlichen Arbeiter, Nationalrat Kunschak, mußte feststellen, daß er sich „das Vertrauen weiter und vielfach maßgebender katholischer Kreise verwirkt“ habe, und legte daher die Parteiobmannstelle nieder. Weit wichtiger, so erklärte der neue Obmann, als der Kampf gegen den Nationalsozialismus sei der Kampf gegen den „alten geschworenen Erbfeind“: die Sozialdemokratie. Trotz der schweren Angriffe nationalsozialistischer Führer und Theoretiker gegen den Katholizismus — von dem wohl unüberbrückbaren Gegensatz zwischen nationalsozialistischer und christlicher Weltanschauung ganz zu schweigen — bereitet dieser sich offenkundig auf politisches Zusammengehen mit dem Nationalsozialismus vor. Diese Tatsache gewinnt in unseren Tagen der unruhigen und revolutionären Situationen ganz besondere Bedeutung und Tragweite. Wenn in den kommenden großen und entscheidenden Auseinandersetzungen der Katholizismus nach rechts hin weitgehend gebunden ist, wenn neben das Bündnis zwischen Vatikan und Mussolini nun noch das zwischen den deutschsprachigen katholischen Parteien und dem Nationalsozialismus tritt, dann wird dies auf das Verhältnis des proletarischen Sozialismus zum Christentum überhaupt nicht ohne Einfluß bleiben und weder für ihn noch für die übrige Welt günstige Folgen haben. Eines ist aber klar: je mehr das kirchenoffizielle Christentum, vorab der Katholizismus, glaubt, durch politische Kompromisse, etwa durch Machtteilung mit dem Faschismus, seine eigenen

Machtpositionen sichern zu können, desto gründlicher wird gerade mit diesen Machtpositionen im Augenblick des sozialistischen Sieges aufgeräumt werden!

Uns religiösen Sozialisten zeigt aber gerade die Entwicklung der Dinge in Oesterreich, daß unsere Aufgabe, als bewußte Christen mitten in der sozialistischen Freiheitsbewegung zu stehen, heute eine dringendere und wichtigere denn je ist. Jemehr das beamtete und offizielle Kirchenchristentum sich an die Seite der gegenwärtigen und — vielleicht in einer Zwischenetappe — zukünftigen Machthaber, Gewalt- und Unterdrückungsträger in der Welt stellt, desto größer, und man kann wohl sagen: desto schwerer wird die Last unserer Aufgabe und Verantwortung. Die Befreiung der Welt durch den Sozialismus kann nur kommen, wenn sie nicht gegen Christus, sondern mit ihm gewollt und erstrebt wird. Die Ueberlegenheit der Mächte der „Idee der Gewalt“, des Kapitalismus und Faschismus vor allem, auf dem Gebiet der mechanischen, materiellen Gewalt, gegenüber den Freiheitsbewegungen in der Welt (Sozialismus, revolutionäres Christentum, Aufstandsbewegungen unterdrückter Völker) ist heute sehr bedeutend. Um so klarer wird offenbar, daß die Sache der menschheitlichen Freiheit und Brüderlichkeit verloren ist, wenn ihre Verfechter sich nicht auf ihre letzten und innersten Grundlagen, die in Christus und seiner Botschaft liegen, besinnen, wenn der materiellen Gewalt nicht die des Geistes und der Seele entgegengesetzt wird. Der Erweckung und dem Durchbruch dieser Haltung im Sozialismus zu dienen, ist die große Zeitforderung an alle, die als Christen Sozialisten sind.

Wilhelm Frank (Wien).

## Vom Leben zum Tode.<sup>1)</sup>

Die Jahre folgen sich. Noch schimmern die Augen der alten Lehrer feucht, wenn sie von den Tagen der großen Kämpfe erzählen. Noch begeistern sie den oder jenen der Jugendlichen, in guten Momenten auch alle. Doch schon hat es welche, die lächeln. Das Politische interessiert sie nicht. Die Liebe, unterhaltendes Bilderpiel, Tanz und Sport — das ist doch alles viel amüsanter. Die öffentlichen, die staatlichen Feste — was sind sie ihnen? Pomp, um den Eigennutz der Herrschenden zu maskieren. Man weiß doch: es mäht die Politik ihren Mann. Politische Macht ist das Mäntelchen, das gut sitzende, das wirtschaftlichen Machtanspruch deckt. Und die politischen Pfründen vererben sich von Klüngel zu Klüngel. Ja, vielleicht war es anders einstmals. Heut sind die Politiker Sesselkleber. Hört nur, wie farblos ihre Reden klingen! Der Glanz ihrer Augen ist erloschen. Sie sprechen nicht mehr so oft vom Ideal. Nur noch am Schluß ihrer Reden. Die Realitäten beginnen darin einen immer breiteren Raum einzunehmen; das Wort „Sachlichkeit“ lieben sie vor allem, und die heilige „Nüchternheit“ empfehlen sie immer und immer wieder. Aber wenn sie, an ganz feierlichen Tagen, die Stimme

<sup>1)</sup> Diese Darstellung, die von *allen* Parteien gilt, stammt aus dem Buche von *Paul Lang*: „Tote oder lebendige Schweiz?“ (Vgl. „Von Büchern“.) Nachdem von den großen, schöpferischen Zeiten (der „Revolution“) die Rede gewesen, folgt die obige Ausführung.